

„Wollen wir eine im Erwerbsleben sterbende oder eine in Kindern vitale Gesellschaft?“

Prof. Dr. Paul Kirchhof
(Gekürzte Fassung)

I. Deutschlands Zukunftsfähigkeit steht auf dem Spiel

Die OECD hat im Sommer 2005 eine Studie veröffentlicht, in der Deutschland als eines der ärmsten Länder dieser Welt bezeichnet wird. Unter 191 Staaten stehen wir dort je nach Lesart an Position 185 bis 191. Es geht dabei nicht um unsere Wirtschaftskraft – dort stehen wir an 7. Stelle und sind gut im Rennen, untersucht wurde vielmehr der Kinderreichtum. Wir sind eines der wirtschaftsstärksten Länder der Erde und haben seit 50 Jahren inneren und äußeren Frieden. Wir haben top-ausgebildete junge Menschen, wir haben ein wunderbares Land mit einer vielfältigen Kultur. Wir haben vor 15 Jahren bei der Deutschen Einheit eine Reformfähigkeit bewiesen, derentwegen die Welt den Atem angehalten hat. Aber in der zentralen Frage der Zukunft, nämlich unserer Einstellung zum Kind, haben wir versagt.

Regelmäßige Umfragen belegen, dass Kinder bei den jungen Deutschen eigentlich an erster Stelle stehen. Wenn man Menschen zwischen 18 und 38 Jahren befragt, was ihnen für das Gelingen ihrer Biografie am wichtigsten ist, erhält man nicht Karriere, Gesundheit, politischer Einfluss, Reisen oder Sport als Antwort, sondern mehr als 80 Prozent sagen, dass Kinder das Wichtigste für das Gelingen ihrer Biografie seien. Und fragt man die Menschen über 60 Jahren, was für ihre weitere Biografie von großer Bedeutung sei, dann antworten sie: Enkelkinder. Ihnen kann geholfen werden.

II. Überlegungen für eine erfolgreiche Familienförderung

1. Gründe für die Fehlentwicklung

Eine der bedeutendsten Ursachen für diesen Unterschied zwischen Wunsch und Wirklichkeit ist die Trennung von Berufsort und Familienort. Junge Menschen stehen heute vor der klaren Alternative, in der Familie zu bleiben oder zur Arbeitsstätte zu fahren und mögliche Kinder allein zu lassen. Die noch im Grundgesetz festgelegte Gleichheit von Familie (Art. 6) und Beruf (Art. 12) existiert schon länger nicht mehr.

Das Familienrecht erhebt daneben die grundsätzliche Aussage, dass Kinderreichtum eine soziale Absicherung für die Eltern sei. Diesen Grundsatz haben wir in den staatlichen Transfersystemen kollektiviert. Diese berücksichtigen jedoch nicht, dass die Mütter im

Gegensatz zur Lehrerin, Sozialtherapeutin oder Kindergärtnerin keinen Lohn für ihre Leistung bekommen. Und weil sie keinen Lohn bekommen, können sie keinen Beitrag an die sozialen Sicherungssysteme abführen und nehmen damit nicht am Generationenvertrag teil.

Das Grundsatzproblem liegt jedoch noch viel tiefer. Wir haben in unserer Leistungsgesellschaft eine fundamentale Fehlbewertung darüber, wie wir die wahren Leistungsträger honorieren müssen. Wir müssen uns die Frage stellen, was wir eigentlich brauchen: Mehr Autos, mehr Computer oder mehr Kinder? Wir müssen die Instrumente des Reichtums und des Rechts zwingend einsetzen, um die individuelle Entscheidung für Kinder und damit die Zukunft unserer Gesellschaft positiv zu beeinflussen. Wir brauchen deswegen nicht mehr zuvorderst die Gleichberechtigung der Frau, die wir in vielen Bereichen längst erreicht haben, sondern wir brauchen die Gleichberechtigung der Mütter, denn nur sie sichern uns die Zukunft und müssen deswegen in besonderer Weise unterstützt werden.

Dies hätte auch unmittelbare wirtschaftliche Auswirkungen. Denken Sie mal darüber nach, wann am intensivsten konsumiert wird. Viele haben ihr Häuschen bezahlt, das eigene Auto in der Garage, die nächste Ferienreise ist vorfinanziert und eigentlich kein großes Bedürfnis zu konsumieren. Doch wenn ein Kind oder Enkelkind kommt, dann ist plötzlich ein großes Bedürfnis zum Konsum vorhanden. Ein schönes emotionales und auch ein schönes wirtschaftliches Motiv.

Diese fehlende Binnennachfrage spürt im Moment der Produzent von Babynahrung, in fünf Jahren der von Fahrrädern, in zwanzig Jahren der von Autos und in dreißig Jahren der von Häusern. Dieses Dilemma ist auch durch Einwanderung nicht auszugleichen, weil man beobachten kann, dass die Zuwanderer sich schnell unseren Lebensverhältnissen anpassen, keine Kinder mehr kriegen, älter werden und dann ebenfalls staatliche Leistungen erhalten wollen. Wir können uns deshalb nur aus eigener Kraft verjüngen und erneuern.

2. Auftrag des Grundgesetzes

Die Verfassung sagt ganz deutlich, dass Ehe und Familie die beste Einrichtung für die körperliche, geistige und seelische Entwicklung eines Kindes sind und deshalb unter dem besonderen Schutz des Staates stehen. Daher müssen wir die Rahmenbedingungen so organisieren, damit sich ein Kind optimal entfalten kann.

Dazu zählen auch, ohne die Leistungen der Alleinerziehenden schmälern zu wollen, die Voraussetzungen, damit Kinder mit Vater und Mutter groß werden können. Und sollte es auch

eine formale Gleichberechtigung geben, so steht doch nach Aussage von Kinderärzten außer Zweifel, dass es für Säuglinge bei der Ernährung durch die Mutter wichtig sei, täglich fünfmal in das gleiche Gesicht zu schauen und man deshalb dieses Gesicht in den so wichtigen und prägenden ersten Lebensmonaten des Kindes nicht beliebig austauschen dürfe. Wenn das so ist, müssen wir den Müttern auch die finanziellen Möglichkeiten geben, sich ganz ihrem Kind widmen zu können.

3. Entwicklung nachhaltig beeinflussen

Wir brauchen deshalb Angebote, die es attraktiv machen, sich für Familie und Kinder zu entscheiden. Sie bauen heute ein Haus in der Hoffnung, dass darin auch ihre Kinder und Enkelkinder eines Tages leben können. Sie gründen heute eine Firma in der Hoffnung, dass diese Firma Sie überleben wird. Wir müssen langfristig handeln und nicht beliebig werden. Wenn wir heute zu dem einen „Ja“ und morgen „Nein“ sagen würden, würde man uns zurecht die Zukunftsfähigkeit absprechen. Das Kind muss deshalb im Mittelpunkt unseres Interesses stehen.

Dadurch ändert sich auch die Blickrichtung. Ich mache immer wieder die Erfahrung, wenn ich in ein neues Gremium komme, dass Menschen, die ich vorher nicht kannte, zwei Stunden diskutieren und ich genau höre, wer von ihnen Kinder hat und wer keine. Die Frage nämlich, ob ich abstrakt über die Zukunft nachdenke oder ob diese Zukunft das Gesicht meiner Kinder und Enkelkinder hat, prägt das Denken so, dass man ganz anders argumentiert. Wenn wir also jung bleiben wollen, empfehle ich nicht das Fitnesscenter, sondern empfehle das Kind.

4. Konkrete Familienförderung

Wir brauchen eine bessere Vereinbarkeit von Arbeits- und Familienzeit. Wir brauchen die Fortsetzungsgarantie, wenn Vater oder Mutter das Erwerbsleben unterbricht, um sich ganz der Kindererziehung zu widmen. Der öffentliche Dienst ist da sehr vorbildlich und einige Unternehmen sind bereits als besonders familienfreundlich ausgezeichnet worden, weil sie eine Fortsetzungsgarantie als Selbstverpflichtung zu den gleichen Bedingungen anbieten.

Das rechnet sich auch betriebswirtschaftlich, denn derjenige, der sich drei Jahre um seine Kinder gekümmert hat, der hat eine menschliche Zusatzqualifikation. Er hat eine neue Einstellung, wenn er sein Kind getröstet hat, wenn es nachts Fieber hat, wenn er es aufgemuntert hat, wenn es mit einer schlechten Note nach Hause kommt und wieder aufgerichtet hat, wenn der Freund oder die Freundin es verlassen hat. Daraus entstehen Qualitäten, die wir auch in den Betrieben brauchen.

Wir müssen immer daran denken, dass wir hier ein enormes Arbeitskraftpotential haben, was ansonsten ungenutzt wäre, weil wir doch auf dem Arbeitsmarkt zunehmend auch ein Problem mit qualifizierten Kräften bekommen.

Wir brauchen neue Modelle der Kinderbetreuung. Es gibt bereits Formen des Zusammenlebens mit Eltern und Großeltern, die zwar nicht die leiblichen Verwandten sind, aber auch gerne für einige Stunden die Betreuung der Kinder übernehmen. Daneben gibt es Tagesmütter und Tagesväter, die qualifiziert sind, Kinder zu beaufsichtigen.

Wir müssen beim Rentenrecht diejenigen honorieren, die in den Generationenvertrag „eingezahlt“ haben, indem sie für die nächste Generation gesorgt haben. Wir müssen die Ausbildungszeiten verkürzen, damit die Menschen wieder früher vor die Alternative gestellt werden, ob sie eine Familie gründen wollen oder nicht.

Wir müssen im Steuerrecht die fundamentale Ungleichbehandlung der Familie beseitigen. Stichworte sind hier Grundfreibetrag für Kinderbetreuungskosten und einen Haushaltsfreibetrag, der dem entspricht, was das Kind heute tatsächlich benötigt. Das will nämlich nicht nur angekleidet und ernährt werden, das will auch einem Sportverein beitreten, ein Musikinstrument spielen, in fremde Länder reisen, um den anderen Kulturen zu begegnen.

Wir müssen in der Alterssicherung den Menschen klar machen, dass dieses soziale Sicherungssystem nicht mehr funktionieren kann, wenn sich einer aus dem Generationenvertrag verabschiedet.

5. „Ja zum Kind“ in allen Gesellschaftsschichten

Leider ist es auch Ergebnis jüngster Studien, dass Frauen mit akademischer Ausbildung inzwischen zu 44 Prozent keine Kinder mehr bekommen. Sie wollen Kinder, aber sie bekommen keine, weil sie zu spät mit der Ausbildung fertig sind und dann erst einmal auch etwas davon haben wollen. Und von den Männern mit akademischer Ausbildung sagen bereits 52 Prozent, dass sie nicht unbedingt Vater sein müssen.

Die Auswirkungen sind verheerend. Die Zahl von 1,3 Kindern pro Frau zeigt, dass wir in Deutschland immer ärmer werden. Dann müssen wir in unserer Demokratie auch einmal die Frage stellen dürfen, wie viele von diesen Kindern im deutschen Staatsvolk geboren werden. Und da kommt als Ergebnis deutlich weniger als 1,3 heraus.

Deswegen müssen wir zwei Dinge tun:

- 1) Wir müssen Leistungsanreize für Kinder schaffen, nicht sozialstaatlich gnädig gewähren, sondern als Leistungsanerkennnis, das wir gewähren durch eine Umverteilung der Einkommensströme, wie wir sie gegenwärtig haben.
- 2) Wir müssen dafür sorgen, dass dort, wo die guten Bedingungen schon da sind, der Wille, die Bereitschaft zum Kind, nicht scheitert. Das ist gleichermaßen wichtig, wenn uns daran gelegen ist, dass wir die Hochkultur, in der wir gegenwärtig wirtschaftlich, technisch, kulturell, religiös und akademisch leben dürfen, auch weiterhin leben wollen.

III. Schlussgedanke

Wir sollten, vor der Frage stehend, ob wir unseren Sozialstaat völlig überfordern, den Staat klar als Garantie für Frieden und Recht, Befähigung zur Freiheit und Sozialstaatlichkeit den Schwachen gegenüber begreifen. Sozialstaatlichkeit heißt, dass 97 Prozent stark sind und mehr erwirtschaften als sie brauchen, um die drei Prozent, die schwach sind, mit zu ernähren.

Wir sprechen immer von Wachstum und meinen Wirtschaftswachstum. Ich wünsche mir, dass der Begriff Wachstum vor allem auch der Geburt eines Kindes gelten soll, damit wir wachsen können. Wenn wir diesen Wohlstand nicht erreichen, werden wir überhaupt kein Wachstum mehr erreichen.